

ENERGIE: DER GIPFEL IN LAHTI AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN IN SACHALIN ENERGIEHANDEL MIT DER UKRAINE

■ KOMMENTAR		
Das Treffen von Lahti: Wie weiter mit der Energiepartnerschaft?	Roland Götz, Berlin	2
■ TABELLE UND GRAFIK ZUM TEXT		
Die europäische Erdgasversorgung		4
■ ANALYSE		
Sachalin-II in der Schusslinie: staatliche Kontrolle, Umweltschäden und die Zukunft von Auslandsinvestitionen in der russischen Öl- und Gasindustrie.	Michael Bradshaw, Leicester	5
■ ANALYSE		
Die Energiefrage in den russisch-ukrainischen Beziehungen.	Heiko Pleines, Bremen	11
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Erdgas: Transit durch und Export in die Ukraine		13
■ CHRONIK		
Vom 25. Oktober bis zum 2. November 2006		16



Kommentar

Das Treffen von Lahti: Wie weiter mit der Energiepartnerschaft?

Von Roland Götz, SWP, Berlin

Einleitung

Im Rahmen der finnischen EU-Präsidentschaft fand im finnischen Lahti am 20. und 21. Oktober 2006 ein „informelles Treffen der Staats-/Regierungschefs der EU-Länder“ statt, an dem auch Vertreter der Kandidatenländer Rumänien und Bulgarien sowie der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und EU-Generalsekretär/Hoher Vertreter Javier Solana teilnahmen.

Zum abendlichen „Arbeitsdinner“ am 20.11. war der russische Präsident Vladimir Putin eingeladen worden. In Lahti sollten keine Beschlüsse gefasst werden, sondern eine Aussprache zur Vorbereitung des EU-Russland-Gipfels am 24.11.2006 in Helsinki stattfinden, auf dem die Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen EU und Russland vorbereitet werden soll. Zwar war in Lahti die Energiepolitik nur ein Thema unter mehreren gewesen, sie stand allerdings in der Berichterstattung der Medien an erster Stelle, weil mit Spannung erwartet worden war, wie sich Putin zur Position der EU-Vertreter äußern würde.

Die Prinzipien der EU

Die hohe Relevanz der Energiefrage wird in- und außerhalb der EU dadurch begründet, dass die „Importabhängigkeit“ der EU bei Erdöl und Erdgas, d.h. der Anteil der Importe am Verbrauch, bis 2020 stark ansteigen wird. Dazu kommt noch, dass diese Importe – wie es Solana auf der Pressekonferenz am 20.10. formulierte – zunehmend aus „unzuverlässigen“ Lieferländern kommen werden und über ebenfalls „unzuverlässige“ Transitstaaten transportiert werden müssten. Es wird in diesem Zusammenhang zwar nie klar gesagt, ob auch Russland zu den „unzuverlässigen“ Lieferanten gezählt wird, doch ist Russland jedenfalls Hauptadressat der Wünsche, die die EU formuliert.

Die EU-Vertreter hatten sich vorgenommen, gegenüber Russland „mit einer Stimme“ zu sprechen. Dies bereits ist Element der angestrebten neuen EU-„Energieaußenpolitik“. Bevor Putin zu den Gesprächen hinzukam, hatte man sich bereits auf eine Reihe von Grundprinzipien geeinigt, die man von Russland einfordern wollte, nämlich Geltung des Rechts, Transparenz, Reziprozität, Nichtdiskriminierung, Marktöffnung und freier Marktzugang. Mit der Geltung des Rechts ist gemeint, dass bei energiepolitischen Entscheidungen Verträge und Rechtsnormen beachtet

werden sollen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die von Russland zwar nicht bestritten wird, bei der Umsetzung in die Praxis jedoch ein Problem darstellt. Transparenz schließt eine bessere Information über die Lage in der Energiewirtschaft Russlands ein, also z.B. die Deklassifizierung von Staatsgeheimnissen im Energiesektor, die Russland bereits angekündigt hat.

Die Forderungen nach Reziprozität, Nichtdiskriminierung, Marktöffnung und nach freiem Marktzugang beziehen sich alle auf den gleichen Komplex von Problemen: Die EU verweist darauf, dass in Russland auf dem Energiegebiet unterschiedliche Regeln für inländische und ausländische Unternehmen gelten, wobei die Ausländer benachteiligt und sogar ausgesperrt werden. Ein Beispiel dafür ist die gesetzliche Festlegung von „strategischen“ Ressourcen, auf die ausländische Unternehmen keinen freien Zugriff haben. Ein weiteres Beispiel ist das Transportmonopol des staatlichen Betreibers der Erdölpipelines (Transneft) sowie der halbstaatlichen Gazprom bei Erdgasfernleitungen.

Russland lehnt die von EU-Seite formulierten Prinzipien für eine Energiepartnerschaft nicht rundweg ab, möchte sie allerdings unter Berücksichtigung seiner nationalen Interessen einschränken. Die unterschiedlichen Auffassungen beider Seiten werden deutlich, wenn es um die Konkretisierung der Prinzipien geht. Eine solche Konkretisierung stellt der Energiechartavertrag dar, über den mit Russland schon seit über 10 Jahren verhandelt wird.

Der Energiechartavertrag

Der Energiechartavertrag geht auf eine politische Initiative des niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers Anfang der neunziger Jahre zurück, die zum Ziel hatte, eine Zusammenarbeit der ehemaligen Ostblockstaaten mit Westeuropa auf dem Energiegebiet herbeizuführen. Die Grundidee war, Europa den Zugang zu den Energieressourcen des Ostens zu sichern und den Weg für europäisches Kapital dorthin frei zu machen. Aus der „Europäischen Energiecharta“ von 1991 ging 1994 der „Energiechartavertrag“ hervor, der nicht mehr auf Europa beschränkt war.

Ihn haben 51 Staaten (darunter Russland, nicht aber die USA und Kanada und auch nicht die OPEC-Staaten) sowie die EU als Ganzes unterschrieben, jedoch nicht alle von ihnen haben ihn auch ratifiziert.

Die Nicht-Ratifizierer unter den Signatarstaaten sind Australien, Belarus, Island, Norwegen und Russland. Demnach haben die wichtigsten Exporteure von Energieträgern den Energiechartavertrag entweder erst gar nicht unterschrieben oder später nicht ratifiziert. Dies verweist auf eine Schwäche des Energiechartavertrags: Er ist offenbar vor allem für die Energiekonsumenten interessant, während er den Energieproduzenten keine großen Anreize zur Teilnahme bietet. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Russland bisher nur bereit war, den Energiechartavertrag „provisorisch“ anzuwenden, was praktisch gleichbedeutend mit seiner Ignorierung ist.

Der Energiechartavertrag schafft einen rechtsverbindlichen Rahmen für den Energiehandel und für Energieinvestitionen im Bereich seiner Mitgliedsstaaten. Er konkretisiert beim Handel mit Energieträgern die allgemeinen Handelsregeln des GATT und der WTO. Im Investitionsbereich fordert der Energiechartavertrag, dass ausländischen Investoren die besten Bedingungen geboten werden, die einem sonstigen in- oder ausländischen Investor offen stehen. Wichtig sind auch die Regeln über die Streitbeilegung: Die Urteile einer von den Parteien angerufenen internationalen Schiedsstelle sind bindend.

Dem Energiechartavertrag wurden später ein Energieeffizienzprotokoll und ein Transitprotokoll beigefügt. Während das erstere als unproblematisch gilt, bildet das letztere die eigentliche Hürde, die Russland den Weg zur Ratifizierung des Energiechartavertrags versperrt. In Russland wird befürchtet, dass bei Akzeptanz des Transitprotokolls die zentralasiatischen Länder Anspruch darauf erhalten, ihr Erdöl und Erdgas durch die russischen Transitpipelines nach Europa zu transportieren und damit das Beförderungsmonopol der russischen Pipelinebetreiber zu brechen. Vor allem Gazprom macht geltend, dass es in diesem Fall Marktanteile in Europa einbüßen würde. Diese Befürchtung ist teilweise berechtigt: Zwar kann gemäß Transitprotokoll Russland nicht gezwungen werden, seine Pipelines umstandslos für ausländische Exporteure zu öffnen. Jedoch muss es sich in Streitfällen dem Spruch eines internationalen Schiedsgerichts unterwerfen.

Über den Autoren:

Dr. Roland Götz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Lesetipps:

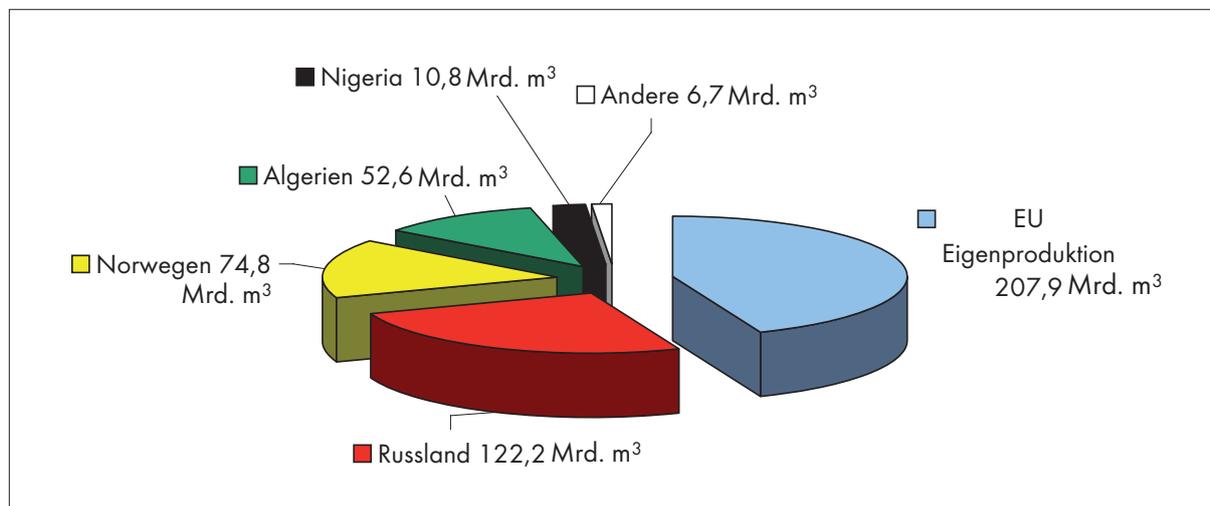
- Michael Sander, Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der EU und der russischen Föderation, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1/2006, S. 1–16
- Katharina Mikulčák, Russland und der Vertrag über die Energiecharta, in: Osteuropa-Wirtschaft 3/2006

Wenn Russland – und hier ist der Dumausschuss für Energie unter seinem Vorsitzenden Valerie Jasew der Wortführer – sich trotz weit gediehener Verhandlungen weigert, den Energiechartavertrag zu ratifizieren, so hat dies zunächst damit zu tun, dass Russland diesen Vertrag „nicht braucht“ (Jasew), um seine Energieträger zu exportieren. Schon gar nicht braucht Gazprom ihn, und der stellvertretende Gazprom-Chef Alexander Medwedjew bezeichnet den Energiechartavertrag daher schlicht als „anti-russisches Dokument“. Damit die EU Russland bei einer derartigen Ausgangslage zur Ratifizierung des Energiechartavertrags bewegen kann, müsste sie eine Gegenleistung anbieten, wie sie es im Falle der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland getan hat, indem sie im Gegenzug dem russischen WTO-Beitritt zustimmte. Kann sie das nicht, sind nur zweitbeste Lösungen, wie z.B. eine abgeschwächte Version des Energiechartavertrags, denkbar.

Die Ergebnisse von Lahti

Wie Finnlands Präsident Vanhanen auf der abschließenden Pressekonferenz am 21.10.2006 ausführte, hat die EU ihr Interesse an einer engen und rechtlich verbindlich formulierten Partnerschaft deutlich gemacht, die beiden Seiten dienen sollte. Kommissionspräsident Barroso wiederholte noch einmal, dass die EU von Russland Entgegenkommen bei Transparenz, Geltung des Rechts, Reziprozität, Nichtdiskriminierung, Marktöffnung und Marktzugang erwartet. Putin erwiderte dazu, dass Russland an einer „soliden und gegenseitig vorteilhaften Beziehung, die auf gemeinsamen Werten und Interessen beruht“, gelegen sei. Zur Energiecharta meinte Putin, dass man deren Prinzipien nicht grundsätzlich ablehne, einzelne Bestimmungen aber anders gefasst werden müssten, damit die Interessen Russlands berücksichtigt würden. Ob dies durch Überarbeitung des Energiechartavertrags und des Transitprotokolls geschehen könne, oder ob zu diesem Zweck ein neues Dokument ausgearbeitet werden sollte, werde sich noch zeigen müssen. Das „informelle“ Treffen von Lahti hinterlässt somit den Eindruck, dass es vor allem unverbindlich geblieben ist.

Tabelle und Grafik zum Text
Die europäische Erdgasversorgung

 Erdgasaufkommen in der EU-25 (2004) (in Mrd. m³)


Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2005, S. 27–28; eigene Berechnungen

Anteil Gazproms an der europäischen Erdgasversorgung (2004)

Land	Anteil Russlands an der Erdgasversorgung
EU	
Estland, Finnland, Lettland, Litauen	100%
Slowakei	99%
Griechenland	80%
Tschechien	73%
Ungarn	72%
Österreich	55%
Polen	53%
Slowenien	50%
Deutschland	35%
Frankreich	28%
Italien	27%
Niederlande	6%
Belgien	1%
Übrige EU-Mitgliedsstaaten	0%
Durchschnitt EU-25	25%
Andere europäische Länder	
Bulgarien	100%
Türkei	60%
Rumänien	22%
Schweiz	8%

Anmerkung: Die Erdgasversorgung umfasst sowohl den Import als auch heimische Produktion. Erfasst werden nur russischen Lieferungen und nicht durch Russland gelieferte Exporte aus Zentralasien.

Quelle: RuhrGas: Report on the industry, Essen 2005, S. 31.

Analyse

Sachalin-II in der Schusslinie: staatliche Kontrolle, Umweltschäden und die Zukunft von Auslandsinvestitionen in der russischen Öl- und Gasindustrie

Von Michael Bradshaw, University of Leicester

Zusammenfassung

Die größten privaten Erdöl- und Erdgasfirmen erschließen vor der Insel Sachalin im russischen Fernen Osten umfangreiche Vorkommen. Das Ochotskische Meer hat das Potenzial, vom Förderumfang eine neue Nordsee zu werden, die gleich neben den energiehungrigen asiatischen Wirtschaften liegt. Nachdem die Projekte jetzt mit der kommerziellen Förderung in größerem Umfang beginnen hat der Kreml beschlossen, dass er einen größeren Anteil des Profits möchte und benutzt „administrativen Druck“, um die ausländischen Firmen dazu zu bringen, die Bedingungen ihrer Beteiligung neu zu verhandeln. Dies ist in Japan, Europa und den USA weithin verurteilt worden und hat die Bedenken über Russlands Verlässlichkeit als Energiepartner nach dem Gastreit mit der Ukraine im Januar noch einmal erhöht.

Russland bedroht internationale Firmen

Am 16. September erklärte die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation, dass die Staatliche Umweltexpertise, die Phase 2 des Sachalin-II-Projektes reguliert und vom Ministerium für Naturressourcen bestätigt wurde, illegal sei. Diese Erklärung veranlasste den Minister für Naturressourcen Juri Trutnew zu der Erklärung, dass die Entscheidung seines eigenen Ministeriums aus dem Jahr 2003 falsch sei und annulliert werden müsse. Nach Angaben von Sakhalin Energy, dem Konsortium westlicher Firmen, die das Sachalin-II Projekt leiten, würde die Annullierung einen Zeitverlust von 12–18 Monate sowie Kosten von wahrscheinlich Mrd. US-Dollar bedeuten, darüber hinaus würde es den Ruf von Sachalin-II als verlässlichem Lieferanten von Flüssigerdgas noch vor der ersten Lieferung schwer beschädigen.

Gleichzeitig sind auch das PSA-Abkommen von Total bezüglich des Charjaga-Feldes in der Arktis und die Lizenz von TNK-BP zur Erschließung des riesigen Kowytko-Erdgasfeldes in Ostsibirien in Gefahr. Das Sachalin-I-Projekt von ExxonMobil hat noch kein Öl exportiert, da es Probleme mit der Erlaubnis gibt, während die russischen Behörden die Genehmigung, die Grenzen eines der Felder auszudehnen, verweigert haben. Außerdem hat Gazprom öffentlich sein Interesse an einem Kauf der russischen Partner von TNK-BP geäußert, falls TNK-BP im nächsten Jahr verkaufen sollte.

Russland sucht eine erweiterte Beteiligung an Energieprojekten

Die Häufung von Druck auf Energieprojekte mit ausländischer Beteiligung ist anscheinend kein Zufall. Beobachter sehen den Wunsch nach einer größeren russischen Beteiligung an diesen Projekten

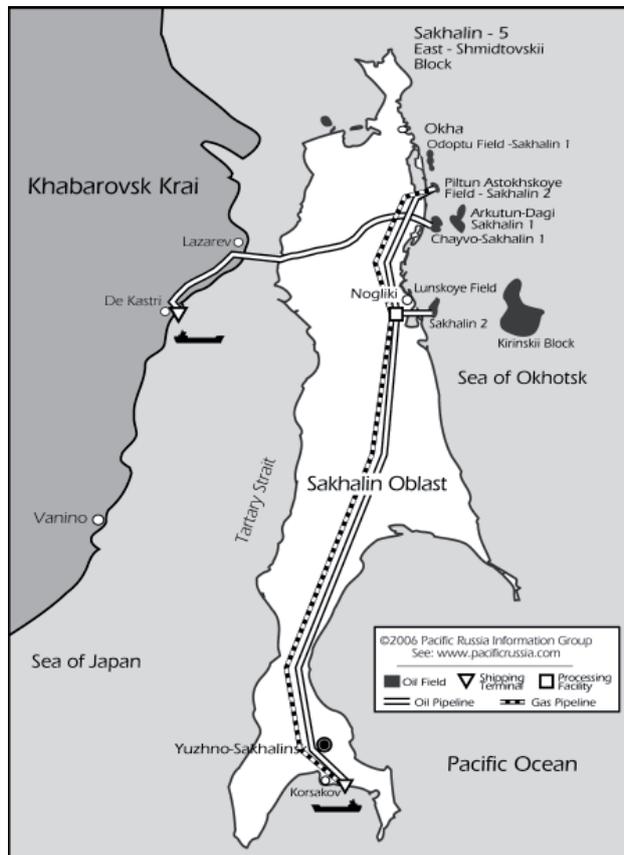
als Ursache.

Ausländische Beteiligung an der Energieförderung vor Sachalin begann bereits in den 1970er Jahren, als Japan und die Sowjetunion ein Abkommen zur Erforschung der Öl- und Erdgasressourcen auf dem Kontinentalsockel vor Sachalin unterzeichneten. Nach anfänglichen Erfolgen wurde das Projekt von den sich verschlechternden Ost-West-Beziehungen und der Wirtschaftskrise der frühen 1980er überschattet, die Suche nach Öl und Erdgas wurde jedoch fortgesetzt und es wurden einige Schichten, die Öl und Erdgas enthielten, entdeckt. Erneutes kommerzielles Interesse in den späten 1980ern führte zu einer internationalen Ausschreibung im Mai 1991.

Schließlich wurden zwei Lizenzen zur Erschließung vergeben und die ersten PSA-Vereinbarungen mit der russischen Regierung wurden unterzeichnet, zuerst Sachalin-II im Juni 1994, dann Sachalin-I im Jahre 1995. Mit der Evolution dieser Projekte wechselten auch die beteiligten Firmen. Heute ist Sachalin-II das einzige größere Energieförderungsprojekt in Russland, an dem ausschließlich nicht-russische Firmen beteiligt sind: Shell (Großbritannien-Niederlande) sowie Mitsui und Mitsubishi (beide aus Japan). Die an Sachalin-I beteiligten Firmen sind: ExxonMobil (USA), SODECO (Japan), ONGC Videsh (Indien), Rosneft und Sachalinmorneftegas (beide aus Russland). Die Tabelle auf Seite 10 gibt eine Übersicht über alle Sachalin-Projekte und ihren jetzigen Status, während Karte 1 auf der nächsten Seite die größeren Felder und ihre Infrastruktur zeigt.

Die 1990er: PSA-Vereinbarungen ermöglichen ausländische Investitionen

Das Russland der frühen 1990er war sehr instabil, so dass Bohrungen nach Erdöl und Erdgas auf



Karte 1: Die Sachalin-Projekte (Quelle: Pacific Russia Information Group, mit freundlicher Genehmigung)

dem Kontinentalsockel vor Sachalin als riskantes Geschäft angesehen wurden. Um das Risiko kalkulieren zu können, das solche Projekte beinhalteten, benötigten die ausländischen Investoren den Schutz von PSA-Vereinbarungen, die die legalen und finanziellen Bedingungen während der Laufzeit des Projektes festlegen und Profit garantieren. Die PSA-Vereinbarung ist ein international verpflichtender juristischer Vertrag, der jeweils an das konkrete Projekt angepasst wird. Grundprinzip der PSA-Vereinbarungen ist die Aufteilung der geförderten Produktion zwischen Unternehmen und Staat, daher auch der Name Production-Sharing-Agreement.

Im Juli 1999 produzierte Sachalin-II das erste Offshore-Öl Russlands und exportierte bis zum Ende der Produktionssaison mehr als 11 Mio. Tonnen Rohöl. Da es keine Küstenpipeline gibt, kann nur sechs Monate im Jahr gefördert werden, da die Vereisung im Winter Offshore-Verschiffung unmöglich macht.

Im März 2003 verpflichteten sich Shell und ihre Partner, fast 10 Mrd. US-Dollar zu investieren, um einen Export von Erdöl und Flüssigerdgas während des ganzen Jahres zu ermöglichen. Phase 2 beinhaltet die

Installation von zwei Offshore-Plattformen, einer 800 km langen, doppelten Öl- und Erdgaspipeline, die sich über die gesamte Insel Sachalin erstrecken wird, sowie den Bau einer Anlage zur Erdgasverflüssigung, die den Tankertransport ermöglicht, und eines Ölexportterminals. Insgesamt stellt dies zur Zeit das größte integrierte Projekt zur Erschließung von Erdöl und Erdgas weltweit dar - all dies in einer von eisigen Wintern geprägten Natur, einem Erdbebengebiet und bei geringer wirtschaftlicher Infrastruktur.

Wenn die beiden Sachalin-Projekte am Ende des jetzigen Jahrzehnts ihre maximale Ölförderungsleistung erzielen, werden sie ungefähr 7% der Nachfrage in der Asien-Pazifik-Region befriedigen. Die Produktion von Sachalin-II an Flüssigerdgas ist bereits komplett verkauft; ein Großteil der Exporte soll nach Japan, Südkorea, die USA und Mexiko gehen. Sachalin-II wird ungefähr 8% des japanischen Gesamtverbrauchs an Flüssigerdgas decken; Sachalin Energy erwägt jetzt, seine Anlage zur Erdgasverflüssigung um einen dritten Block zu erweitern, was die Leistungsfähigkeit dieser Fabrik auf 16 Mio. Tonnen im Jahr erhöhen könnte.

In Anbetracht ihres Umfangs werden diese Projekte einen bedeutenden Beitrag zur Energiesicherheit in der Asien-Pazifik-Region leisten und ein Hauptziel russischer Außenpolitik fördern, indem sie Russlands wirtschaftliche Stellung in diesem Teil der Welt stärken. Putin hat unlängst auf einem Treffen des Diskussionsklubs „Waldai“ erklärt, dass Russland beabsichtige, im Laufe der nächsten 10 bis 15 Jahre seinen Anteil an Energieexporten nach Asien auf ungefähr 30% der gesamten russischen Energieexporte zu erhöhen (er beträgt zur Zeit 3%).

Ausländische Investoren werden mit Mehrkosten konfrontiert

Es ist nicht überraschend, dass es mit dermaßen ehrgeizigen Projekten Probleme gegeben hat. Vor allem sind beide Projekte von Verzögerungen und Kostenüberschreitungen geprägt. Im Juli 2005 erklärte Shell, dass sich die Kosten von Phase 2 von 10 Mrd. auf 20 Mrd. US-Dollar verdoppelt hätten, und verschob den Termin für die ersten Exporte von der Mitte des Jahres 2007 auf das dritte Quartal 2008. ExxonMobil hat kürzlich erklärt, dass die Gesamtkosten für sein Projekt von 12,8 Mrd. auf 17 Mrd. US-Dollar gestiegen sind.

Die Gründe für diese Mehrkosten sind sowohl durch interne als auch durch externe Faktoren bedingt. Es hat sich zweifellos herausgestellt, dass die Projekte komplizierter und damit auch teurer sind als es sich die Manager zuerst vorgestellt haben. Ein be-

deutender neuer Kostenfaktor ist die Minimierung der Auswirkungen der Projekte auf die Umwelt. Hinzu kommen externe Kostenfaktoren wie in Russland stark steigende Lohnkosten, steigende Preise von Rohmaterialien und der Schwäche des US-Dollars.

Die Bedingungen der PSA-Vereinbarung für Sachalin-II bedeuten, dass sich bei erhöhten Kosten und Verzögerungen auch der Zeitpunkt verzögert, an dem die russische Regierung Einnahmen aus der Öl- und Erdgasförderung erhält. Die internationalen Firmen werden zuerst die Investitionen, die sie in das Projekt hineingesteckt haben, zurückerhalten, bevor die tatsächlichen Gewinne mit dem russischen Staat geteilt werden. Die russische Regierung hat das Projekt in diesem Sommer geprüft und hat die von den Projektpartnern beanspruchten Mehrkosten immer noch nicht genehmigt. Mehrere Berater des Kreml haben der Regierung nahe gelegt, die Mehrkosten nicht zu akzeptieren und vorgeschlagen, dass die PSA-Vereinbarung mit den ursprünglichen Budgets und auf der Grundlage der normalen Regeln für Steuern und Lizenzgebühren durchgeführt werden sollen. Ölexperten behaupten jedoch, dass die hohen Kosten einer Offshore-Erschließung unter den jetzigen Besteuerungsregeln nicht wirtschaftlich sind.

Umweltbedenken verzögern das Projekt

Die Bedenken hinsichtlich der Umwelt, die jetzt von Moskau zur Sprache gebracht werden, sind echt und nicht neu. Im Jahr 2003 erklärte die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), bei der eine Kreditfinanzierung für das Projekt beantragt wurde, dass das Gutachten zur Umweltverträglichkeit von Phase 2 des Sachalin-II-Projektes nicht ausreichend sei und begann Verhandlungen mit Sakhalin Energy, um die Bereiche, die Besorgnis erregten, anzusprechen. Nach Beendigung dieses Prozesses erklärte die EBRD, dass das verbesserte Gutachten zur Umweltverträglichkeit jetzt für eine öffentliche Anhörung geeignet sei und begann die 120tägige öffentliche Anhörung, die im April 2006 endete. Seitdem hat die EBRD eine endgültige Entscheidung hinausgezögert und erklärt, dass keine Entscheidung gefällt wird, bevor die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit der russischen Regierung gelöst sind.

Damit die EBRD einen Kredit gewährt, muss das Projekt den Gesetzen des Gastlandes entsprechen und die Unterstützung der Gastregierung haben. Ein Bündnis von Umwelt-NGOs hat eine Kampagne gegen die Kreditzusage durch die EBRD geführt. Ihre Hauptargumente sind die Auswirkungen der Offshore-Förderung auf die vom Aussterben bedrohte westliche Population des Grauwales, die Auswirkungen des

Pipelinebaus auf die Laichgründe des Lachses, die Auswirkungen des Baus der Gasverflüssigungsanlage auf das Ökosystem der Aniva-Bucht, die Konsequenzen für die indigene Bevölkerung und zu guter Letzt die Tatsache, dass die PSA-Vereinbarung kein gutes Geschäft für Russland ist (siehe Karte 2 auf der nächsten Seite für eine Zusammenfassung der Umweltprobleme).

Jetzt gibt es ein seltsames Interessenbündnis, da alle Probleme, die von den Umwelt-NGOs zur Sprache gebracht worden sind, von der russischen Regierung aufgegriffen werden. Zur Verteidigung weist Sakhalin Energy darauf hin, dass eine der Pipelines umgeleitet worden ist, dass die Erforschung der Walpopulation finanziert wird und ein unabhängiges Beratungsgremium ins Leben gerufen wurde, um die Auswirkungen des Projektes auf die Wale zu beobachten. Was Flussüberquerungen beim Pipelinebau betrifft, hat Sakhalin Energy zugeben, dass es Probleme gegeben hat, teilweise weil die Auftragnehmer nicht nach internationalen Standards gearbeitet haben. Eine neue Strategie zur Überquerung von Flüssen ist implementiert worden und wird von unabhängigen Experten evaluiert. Daher könnte Sakhalin Energy berechtigterweise behaupten, dass es gemäß sowohl russischer als internationaler Standards arbeitet, wenn es um die Ausführung des Projektes und die Bewältigung der Auswirkungen dieses Projektes auf Umwelt und Menschen geht. Offensichtlich würde ein Kredit der EBRD ein Gütesiegel darstellen und bedeuten, dass das Projekt nach internationalen Standards durchgeführt wird, aber eine solche Unterstützung scheint jetzt zweifelhaft zu sein.

Russland möchte mehr Geld, und dies noch schneller

Russland ist mit Sakhalin-II vor allem unzufrieden, weil die Mehrkosten den Zeitpunkt, an dem Russland seinen Anteil am Projektgewinn erhält, hinauszögern. Russische Entscheidungsträger haben beschlossen, dass die jetzige Vereinbarung russischen Interessen nicht dienlich ist und neu verhandelt werden sollte.

Die sofortigen negativen offiziellen Reaktionen aus Japan, Europa und den USA, die gegen die mögliche Einstellung des Projektes, angeblich aus Sorge um die Umwelt, gerichtet waren, deuten an, dass eine Neuverhandlung der PSA-Vereinbarung zu umfangreichen Protesten aus dem Ausland führen würde. Ausländische Investoren stehen seit der Jukos-Affäre, als der russische Staat die größte und transparenteste russische Ölfirma in den Bankrott trieb und ihre Aktiva in eine Firma im Staatsbesitz überführte, so-

wieso schon den Absichten Russlands skeptisch gegenüber.

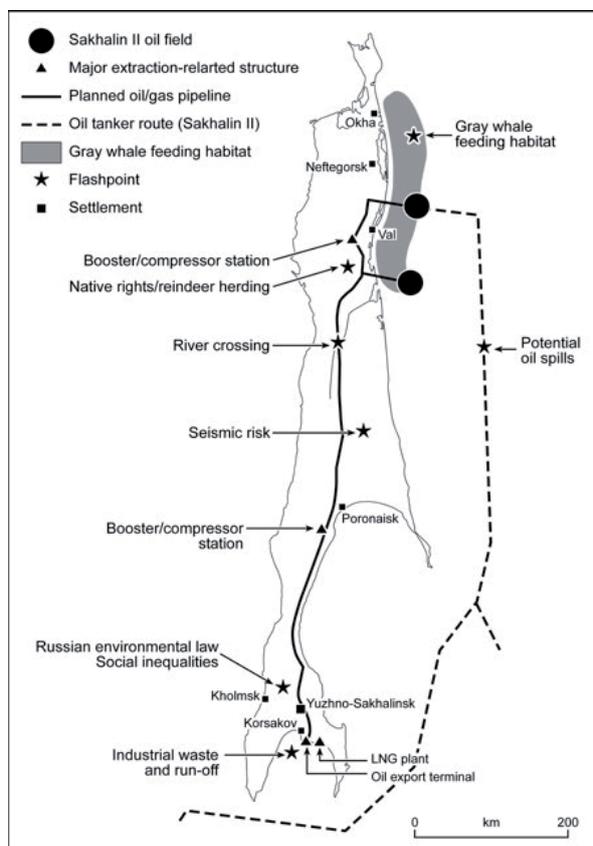
Eine weitere Option, um einen größeren russischen Anteil am Gewinn sicherzustellen, wäre der Einstieg einer russischen Firma in das Projekt – Sachalin-I hat schon russische Partner und bringt dem russischen Staat gemäß der PSA-Vereinbarung seinen Anteil an der Erdöl- und Erdgasproduktion. Im Juli 2005 kündigten Shell und Gazprom an, dass Gazprom einen Anteil von 25% an Sachalin-II erhalten würde, im Gegenzug dafür würde Shell 50% des Zapoljarnoe-Feldes in Westsibirien erhalten. Gazprom hat durchaus Gründe, bei Sachalin-II einzusteigen: Das Unternehmen kann dringend benötigte Erfahrung mit Flüssigerdgas gewinnen und dazu noch Zugriff auf Reserven und Gewinne erhalten. Die ausländischen Partner hätten dann im Gegenzug einen besseren Zugang zu den russischen Behörden.

Es geht hier jedoch nicht um einen einfachen Tausch: 25% von Sachalin-II sind relativ einfach zu bewerten, da das Projekt bereits zu 80% vollendet ist und die gesamte vorgesehene Flüssigerdgasproduktion bereits verkauft worden ist; im Gegensatz dazu ist das Zapoljarnoe-Feld eine technische Herausforderung und noch nicht erschlossen, so dass jede Bewertung dieses Feldes auf potenziellen und nicht auf vorhandenen Werten beruht. Dementsprechend ist es bisher noch nicht zu einer Einigung zwischen Shell und Gazprom gekommen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und können als kritischer Hintergrund zu den jüngsten Ereignissen gesehen werden. Um Kritik aus dem Ausland zu vermeiden und um Vereinbarungen, die auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg getroffen wurden, einzuhalten, muss jegliche Vereinbarung über einen Einstieg von Gazprom in das Sachalin-II-Projekt transparent und für Shell und seine Partner rentabel sein.

Viele Kommentatoren sehen den Zeitpunkt der plötzlichen russischen Besorgnis über Umweltprobleme als zynischen Schachzug, um die Bedingungen für Gazprom zu verbessern. Auf der Konferenz „Sachalins Erdöl und Erdgas“, die vor kurzem stattfand, stritt Russlands Außenminister Sergej Lawrow solche Beschuldigungen ab. Russlands Botschafter in Japan, Alexander Losjukow, hatte jedoch schon angedeutet, dass der Einstieg einer russischen Firma (Gazprom) zur schnellen Vollendung des Projektes beitragen würde, und der ehemalige Stellvertretende Minister für Treibstoff und Energie, Waleri Garipow, deutete bei der Konferenz an, dass die Probleme verschwinden würden, wenn Gazprom bei dem Projekt einsteigen würde.

Die Ankunft von Oleg Mitwol, dem

Stellvertretenden Leiter der Umweltaufsichtsbehörde (*Rosprirodnadzor*) am zweiten Tag der Konferenz in einem Charterflugzeug, das voll mit Journalisten und Vertretern von NGOs war, trug nur dazu bei, eine Atmosphäre von Verwirrung und Farce entstehen zu lassen, da Mitwol unbegründete Erklärungen über den Umfang der durch Sachalin-II verursachten Umweltschäden machte. Gleichzeitig übertonte Minister Trutnew in Moskau in Schadensbegrenzung, als er deutlich machte, dass die Staatliche Umweltexpertise nicht außer Kraft gesetzt werde und dass das Projekt fortgesetzt werden kann, während weitere Inspektionen durchgeführt werden. Alleine in diesem Jahr sind allerdings schon über 200 Inspektionen durchgeführt worden. Es sind eine Reihe von Problemen ausgemacht worden (insgesamt etwa 90) und Sakhalin Energy ist dabei, sie abuarbeiten. Die neueste Überprüfung ist Ende Oktober abgeschlossen worden, und Trutnew hat angekündigt, dass er dann Sachalin besuchen will, um die Ergebnisse selber zu begutachten. Unterdessen gibt es einen temporären Waffenstillstand, aber der Kampf wird zweifellos bald wieder aufgenommen werden.



Karte 2: Ökologische und soziale Gefahrengelände für Sachalin-II (Quelle: Autor)

Erweiterte staatliche Kontrolle ist kontraproduktiv

Während offensichtlich ist, dass sich ausländische Ölfirmen an die russischen Gesetze halten sollten, werden diejenigen, die sich mit dem Zustand der russischen Natur und mit Russlands Bilanz von Umweltzerstörung und Ressourcennutzung auskennen, schwerlich glauben können, dass die neuesten Erklärungen der russischen Regierung ein neues Umweltbewusstsein widerspiegeln. Die Bemühungen, „administrativen Druck“ gegen internationale Ölfirmen einzusetzen, sind Teil eines größeren, langfristigen Prozesses, der die staatliche Kontrolle über Russlands Ölindustrie verstärkt und Gazproms Monopol beim Gasexport bekräftigt hat.

Letzten Endes kann sich staatliche Kontrolle des russischen Energiesektors als kontraproduktiv herausstellen. Einkünfte aus dem Öl- und Erdgasexport nähren den russischen Wirtschaftsaufschwung, und eine Fortsetzung dieses Aufschwungs hängt zum großen Teil davon ab, dass die jetzige Öl- und Erdgasproduktion erhalten und sogar gesteigert wird. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Felder, die jetzt produzieren, bald erschöpft sind und neue Felder erschlossen werden müssen. Die Sachalin-Projekte sind die Zukunft der russischen Erdöl- und Erdgasproduktion, sowohl im Ochotskischen Meer als auch in der Arktis. Sie sollten am besten von Russlands großen Staatsfirmen wie

Über den Autoren:

Michael Bradshaw ist Professor für Humangeographie und Leiter der Fakultät für Geographie an der University of Leicester in England.

Der vorliegende Artikel ist eine erweiterte Version eines Artikels, der zuerst in The World Today, einer Chatham-House-Publikation, veröffentlicht wurde (www.theworldtoday.org). Das Copyright verbleibt bei Chatham House.

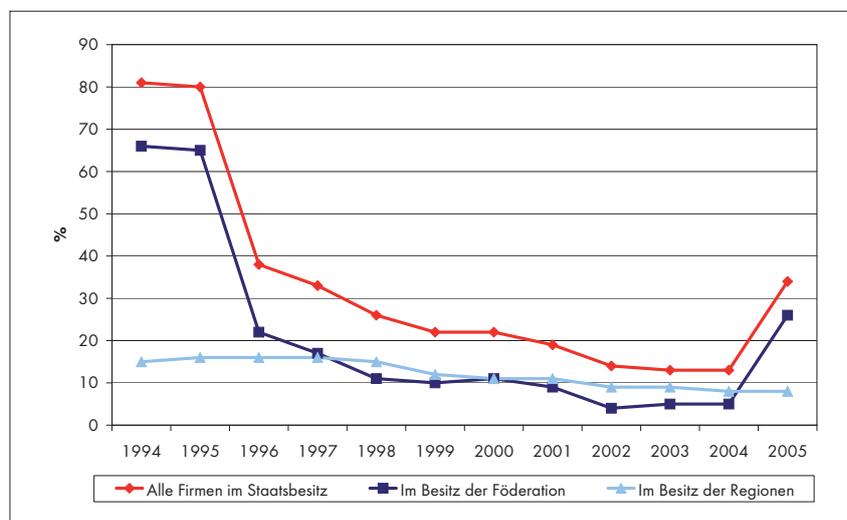
Gazprom und Rosneft zusammen mit internationalen Ölfirmen erschlossen werden, obwohl Gazproms Entscheidung, das Shtokman-Feld ohne ausländische Partner zu erschließen, darauf hindeutet, dass Gazprom lieber ohne ausländische Partner arbeitet.

Die internationalen Ölfirmen ihrerseits sehen Russlands Grenzregionen als wesentliches Element ihrer globalen Strategien; die Regeln für Implementierung und Durchführung von Projekten müssen jedoch wirtschaftlich rentabel und transparent sein und auf rechtsstaatlicher Grundlage basieren. Der Kampf um Sachalin, der bei weitem noch nicht vorbei ist, deutet darauf hin, dass diese Bedingungen zur Zeit nicht für Russland gelten. Während die internationalen Ölfirmen hart darum kämpfen werden, die Werte zu erhalten, die sie schon geschaffen haben, müssen sie zumindest in der gegenwärtigen Situation das mit Russland verbundene Länderrisiko neu bewerten.

Unter dem Strich wird dieser Konflikt zur Folge haben, dass die Erschließung von Erdöl und Erdgas in Russlands Grenzregionen verzögert wird, was kurzfristig Russlands Öl- und Erdgaseinkünfte reduzieren und seinen Beitrag zur globalen Energiesicherheit einschränken wird. Unter diesen Umständen ist es mehr als nur ein bisschen ironisch, dass Russland Energiesicherheit ganz oben auf die Agenda der G8 für 2006 gesetzt hat.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Der Anteil von Staatsunternehmen an der russischen Erdölproduktion (in % der gesamten Ölproduktion)



Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Stand der Sachalin-Projekte zum 1. September 2006

Projekt	Felder/Blöcke	Beteiligte Firmen	Förderwürdige Reserven	Stand des Projektes
Sachalin-1	Chaiwo, Odopru, Arktun-Dagi (Erdöl und Erdgas)	Betreiber: Exxon Neftegaz Lrd (USA) 30% SODECO Lrd. (Japan) 30% ONGC Videsh Lrd. (Indien) 20% SMNG-Shelf (Russland) 11,5% Rosneft-Astra (Russland) 8,5%	307 Mio. t Erdöl 485 Mrd. m ³ Erdgas	PSA-Vereinbarung Phase 1: Förderbeginn. Produktionsbeginn im Oktober 2005. Erste Exporte im Oktober 2006
Sachalin-2	Piltun-Astochskoje (Erdöl), Lunschoje (Erdgas)	Betreiber: Sakhalin Energy Investment Co. Royal Dutch Shell (Netherlands/UK) 55% Mitsui (Japan) 25% Mitsubishi (Japan) 20%	600 Mio. t Erdöl 700 Mrd. m ³ Erdgas	PSA-Vereinbarung Phase 1: Förderbeginn 1999 Phase 2: Erdgas/Flüssigerdgas 2007-08
Sachalin-3	Krinskij	Betreiber: Pegastar ExxonMobil (USA) 33,3% ChevronTexaco (USA) 33,3% Rosneft (Russia) 33,3%	453 Mio. t Erdöl 700 Mrd. m ³ Erdgas	Erkundungsprojekt eingestellt wegen Verlust der Erkundungsrechte
	Wostotschno Odoptinskij, Ajaschskij	ExxonMobil (USA) 66,6% Rosneft (Russland) 33,3%	167 Mio. t Erdöl 67 Mrd. m ³ Erdgas	Projekt stillgelegt und jetzt eingestellt wegen Verlust der Erkundungsrechte
	Weninski	Rosneft (Russland) 51% Sachalin Oil Company (Russland) 24% Sinopec (China) 24%	51 Mio. t Erdöl 578 Mrd. m ³ Erdgas	Erste Bohrsaison im Sommer 2006
Sachalin-4	Astrachanowskii Offshore-Anlage	Rosneft (Russland) 51% BP (Großbritannien) 49%	89 Mrd. m ³ Erdgas	Projekt von Rosneft gestoppt
Sachalin-5	Wostotschno-Schmidrowskij und Kaigan/Wasjukan (und Sapadno-Schmidrowskij)	Rosneft (Russland) 51% BP (Großbritannien) 49% Die Joint-Venture-Firma Elvary Neftegaz wird geschaffen, um das Projekt zu erschließen	600 Mio. t Erdöl 600 Mrd. m ³ Erdgas	Erkundung Erste Probebohrung im Sommer 2004 gebohrt, die zweite 2005 und zwei weitere für 2006 geplant.
Sachalin-5	Lopuchowskij	Gazpromneft (Russland) 100%	130 Mio. t Erdöl 5 Mrd. m ³ Erdgas	Sibneft erwarb Block von TNK-BP. Gazpromneft wurde Ende 2005 geschaffen, als Gazprom Sibneft kaufte
Sachalin-6	Progranitschnij	Urals Energy	200 Mio. t Erdöl	Projekt wurde erworben, als Urals Energy Alfa Echo kaufte.

Zusammenstellung: Mike Bradshaw auf der Grundlage von Artikeln aus Fachzeitschriften der Erdöl- und Erdgasindustrie, Websites von Erdölfirmen und Pressestatements

Analyse

Die Energiefrage in den russisch-ukrainischen Beziehungen

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Die Ukraine ist stark abhängig von russischen Energielieferungen. Gleichzeitig ist die Ukraine aber das wichtigste Transitland für russische Energieexporte. Die gegenseitige Abhängigkeit hat so zu einer Pattsituation geführt und gestaltet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schwierig. Die aktuelle Einigung im Konflikt um Erdgaslieferungen steht in einer langen Reihe umstrittener Kompromisse

Ukrainische Abhängigkeit

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine auch heute auf Energieimporte aus Russland angewiesen. Sie bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland. Die heimische Produktion deckt hier nur 15% bzw. 25% des Bedarfs. Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines über russisches Territorium laufen, hat die Ukraine kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren. Lieferungen aus Zentralasien sind von der Zustimmung der russischen Pipelinebetreiber abhängig. Im Falle von Erdgas ist dies der Monopolkonzern Gazprom, im Falle von Erdöl der staatliche Betrieb Transneft. Der ukrainische Versuch, Erdöl über das Schwarze Meer an Russland vorbei zu importieren, kann als gescheitert betrachtet werden. Daran dürfte auch die regelmäßig bestätigte polnische Unterstützung für das Projekt nichts ändern.

Trotzdem hat sich der Erdgashandel im Vergleich zum Erdöl als deutlich problematischer erwiesen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 40% der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Ukrainische Energieschulden

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine „normale“ Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht, bis sie 1995 Weltmarktniveau erreichten. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischem Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Gebäude wurden nicht beheizt, die Straßenbeleuchtung

blieb abgeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Russische Abhängigkeit

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Mitte der 1990er Jahre gingen 95% der russischen Erdgasexporte und über 50% der russischen Erdölexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Entnahmen zu entschärfen. Zum anderen kann die Ukraine erhebliche Transitgebühren verlangen.

Ein erster Kompromiss

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem Kompromiss. Es wurde vereinbart, dass die Ukraine über die Hälfte ihrer Erdgasimporte als Transitgebühr erhalten sollte. Zusätzlich wurden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen der Schwarzmeerflotte auf der Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten demgegenüber anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.

Gleichzeitig gelang der russischen Erdölindustrie über den Erwerb von Beteiligungen an ukrainischen Raffinerien Ende der 1990er Jahre der Eintritt in

den ukrainischen Markt. Insbesondere Lukoil und TNK haben, neben Tatneft, seitdem ihren Anteil am Markt für Erdölprodukte kontinuierlich ausgebaut. Da die russischen Investoren gleichzeitig Lieferverpflichtungen übernahmen, wurde die Frage der Erdölimporte weiter entschärft. Die Abhängigkeit von russischen Lieferungen bleibt aber auch beim Erdöl bestehen.

Erneute Eskalation

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Erdgas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle. Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle, zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten soll. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Verhandlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden.

Der zweite Kompromiss

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfrage erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse machte. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Millionen US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen sollte. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hatte die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, sollte aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten. Zusätzlich wurde der Preis für russische Erdgaslieferungen bis 2009 verbindlich und „unabänderbar“ auf 50 US-Dollar für 1.000 m³ festgeschrieben. Dies bedeutete einen erheblichen Nachlass gegenüber dem Preis für Importeure aus der EU. Dieser Nachlass wurde aber im Wesentlichen von Turkmenistan finanziert, das fast zwei Drittel der Erdgasexporte in die Ukraine lieferte.

„Erdgaspoker 2006“

Im Herbst 2005, nachdem mit der Vereinbarung zum Bau der Ostsee-Erdgaspipeline die Rolle der Ukraine als Transitland geschwächt erschien, kam es erneut zum Konflikt. Gazprom verlangte eine Erhöhung des Gaspreises auf 160 US-Dollar für 1.000 m³ ab Jahresanfang 2006. Als bis Dezember keine Einigung erzielt werden konnte, erhöhte Gazprom seine Preisforderung auf 230 US-Dollar und stellte zum Jahresbeginn 2006 seine Lieferungen an die Ukraine ein. Es zeigte sich aber erneut, dass die Kontrolle über die Transitpipelines der Ukraine bei Verhandlungen einen Trumpf in die Hand gibt. Um seine Lieferverträge mit west- und mitteleuropäischen Kunden erfüllen zu können, ist Gazprom auf die Ukraine angewiesen. Der Rückgang des Erdgastransits zum Jahresbeginn, der auf ukrainische Entnahmen zurückzuführen war, zwang Gazprom deshalb zum Einlenken.

Bereits am 4. Januar 2006 erreichten Gazprom und der staatliche ukrainische Konzern Naftohaz Ukrainy eine vorläufige Einigung. Der Preis für ukrainische Erdgasimporte wurde auf 95 US-Dollar erhöht. Gleichzeitig wurde Gazprom für seine Lieferungen ein Preis von 230 US-Dollar garantiert. Die Vereinbarung ging damit zu Lasten der zentralasiatischen Lieferanten, die weiterhin einen Preis von 50 US-Dollar akzeptieren mussten. Die Lieferungen an die Ukraine werden über die in der Schweiz registrierte Firma RosUkrEnergio abgewickelt werden.

Was als erstes wie ein erneuter Kompromiss aus, entpuppte sich aber bald als vorübergehender Waffenstillstand. Der Lieferpreis war nur für 6 Monate festgeschrieben worden. Viele Streitfragen waren ausgeklammert worden. Das ukrainische Parlament nahm die Einigung zum Anlass der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Gleichzeitig kam es zu weiteren Spannungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen. Gegenseitige Handelsbeschränkungen und Konflikte um die russischen Leasingzahlungen für die Anlagen der Schwarzmeerflotte auf der Krim wurden dabei häufig direkt zum Erdgasstreit in Bezug gesetzt.

Die ukrainischen Parlamentswahlen führten dann zu einer Atempause. Die Karten wurden neu gemischt und der Sieg der als pro-russisch gesehenen Partei der Regionen gab Gazprom und Moskau einen Trumpf in die Hand. Ende Juni und erneut Ende September wurde das Abkommen vom Januar so ohne Aufheben um jeweils drei Monate verlängert. Ende Oktober wurde dann eine längerfristige Einigung getroffen. Die Ukraine bezahlt für 2007 einen Erdgaspreis von 130 US-Dollar. Der Preis für den Erdgastransit durch die Ukraine wird auf dem alten Niveau festgeschrieben und Rosukrenergio organisiert als Zwischenhändler weiterhin die Lieferungen an die Ukraine.

Das Abkommen wurde allgemein im Kontext einer Annäherung in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der beiden Länder gesehen. Diskutiert wurde so eine Synchronisierung des WTO-Beitritts, der die russische Position im Konflikt mit den USA um die Aufnahme in die Welthandelsorganisation stärken würde. Hinzu kommt eine Wende in der ukrainischen Sicherheitspolitik, die einen raschen NATO-Beitritt von der Agenda nimmt und angeblich auch die Stationierung der russischen Flotte auf der Krim bis 2017 nicht mehr in Frage stellen wird.

Resümee

An der grundsätzlichen Pattsituation zwischen Gazprom und der Ukraine wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Derzeit gehen immer noch 80% der russischen Erdgasexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Selbst wenn die Ostsee-Erdgaspipeline wie geplant 2010 in Betrieb sein wird, werden bei unverändertem Lieferumfang noch zwei Drittel der russischen Exporte durch die Ukraine gehen. Wenn das Transitgeschäft der Ukraine also durch alternative Pipelines durchaus geschmälert werden kann, so wird die Ukraine doch auf absehbare Zeit das zentrale Transitland für russische Gasexporte nach Europa bleiben. Um seine Lieferverpflichtungen zu erfüllen, wird Gazprom also weiterhin auf ukrainische Transitpipelines angewiesen sein.

Über den Autoren

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen.

Die Frage ist deshalb für die nächsten Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus vor allem, ob der Gastransit durch die Ukraine wie in der Vergangenheit in Form eines „kalten Energiekrieges“ erfolgt oder ob – etwa über eine Beteiligung von Gazprom an der ukrainischen Gasindustrie – kooperativere Wege der Zusammenarbeit gefunden werden.

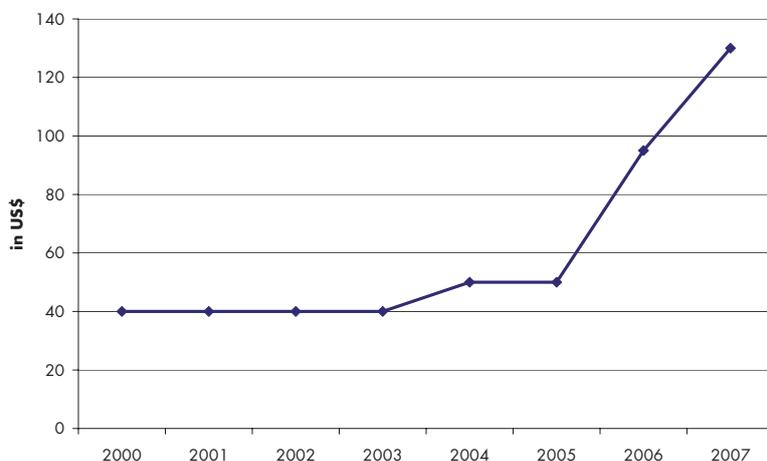
Der jetzige Kompromiss deutet trotz aller Debatten um die Verknüpfung mit weiteren außenpolitischen Fragen eher darauf hin, dass Gazprom die Beziehung zur Ukraine auf eine rein betriebswirtschaftliche Basis umstellt und die Hoffnung auf eine Beteiligung an der Erdgasinfrastruktur des Landes erst einmal aufgegeben hat. Die Belieferung der Ukraine wird wieder an die zentralasiatischen Erdgasproduzenten übergeben. Diese müssen sich mit einem niedrigeren Preis zufriedengeben, da Russland ihnen den Export in die EU verweigert. Das lukrative EU-Geschäft bleibt so Gazprom vorbehalten. Die Ukraine profitiert durch einen immer noch vergleichsweise günstigen Importpreis.

Die Beteiligung von RosUkrEnergo als – eigentlich überflüssigem – Zwischenhändler stellt gleichzeitig sicher, dass die Finanzflüsse aus dem ukrainischen Erdgasimport nicht transparent werden. Die viel kritisierte Möglichkeit für Manipulationen und Unterschlagungen bleibt damit erhalten.

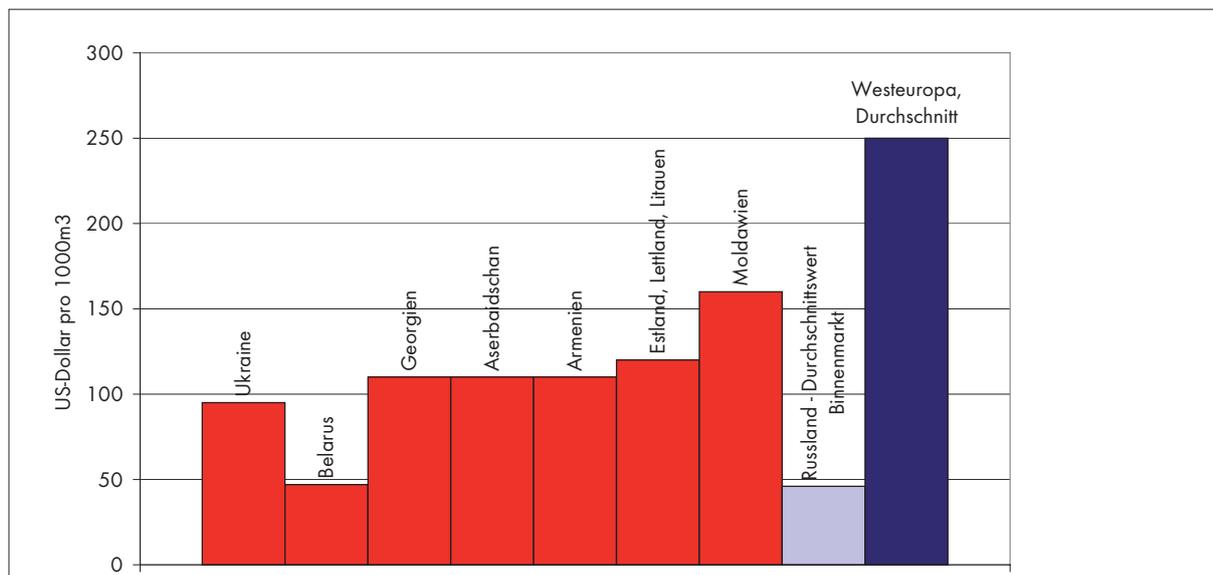
Tabellen und Grafiken zum Text

Erdgas: Transit durch und Export in die Ukraine

Grafik 1: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–07 (in US\$)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf

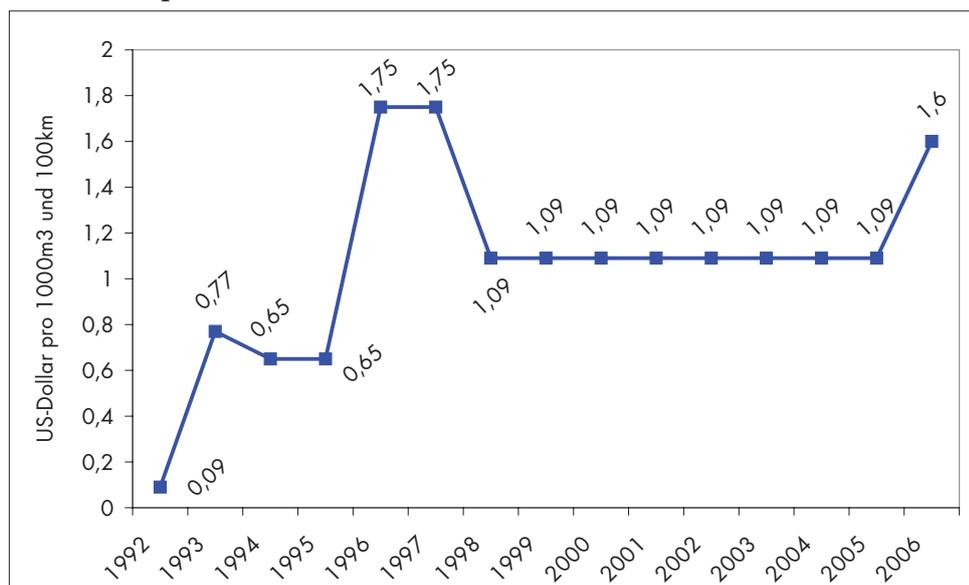
Grafik 2: Gazproms Lieferpreise im internationalen Vergleich (2006)


Quelle: Roland Götz, SWP Aktuell No.3, www.swp-berlin.org

Tabelle 1: Vertraglich vorgesehene Handelsaktivitäten von RosUkrEnerg 2006

	Menge (in Mrd. m ³)	Preis (US-Dollar pro 1000 m ³)
Kauf		
Turkmenistan	41	65
Usbekistan	7	60
Kasachstan	8	60
Russland	17	230
Verkauf		
Ukraine	58	95
Andere europäische Länder	15	k.A.

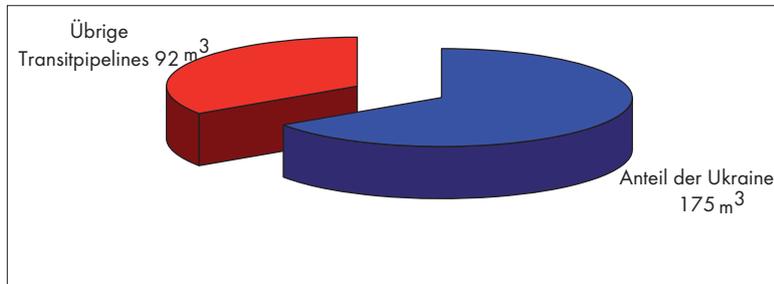
Quelle: Ukraine-Analysen 2, S. 11 <http://ukraine-analysen.de/pdf/2006/UkraineAnalysen02.pdf>

Grafik 3: Preise für den Erdgastransit durch die Ukraine 1992–2006 (US-Dollar pro 1000m³ und 100km)


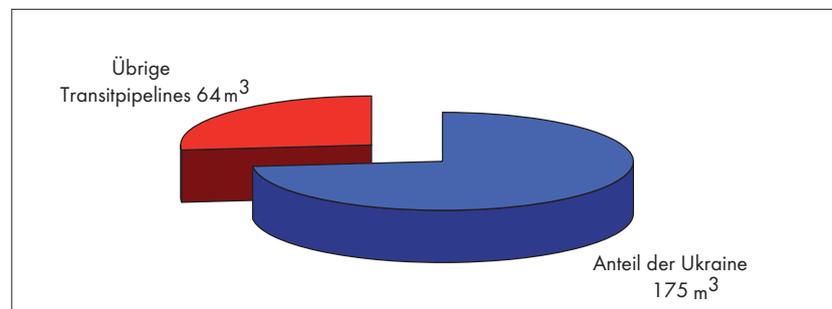
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – Eigene Zusammenstellung.

Grafik 4: Anteil der Ukraine an Transitpipelines für russisches Erdgas (Mrd. m³)

2005



2010


Tabelle 2: Pipelinekapazitäten für russische Erdgasexporte

Pipeline	Verlauf	Kapazität 2005	Kapazität 2010
Bruderschaft/Union (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³
Polarlicht (sowjetisches Netz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³
Transbalkan (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Balkan	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Finland Connector (sowjetisches Netz mit Erweiterung von 1999)	Russland – Finnland	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Jamal (Inbetriebnahme 1999)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28 Mrd. m ³	28 Mrd. m ³
Blue Stream (Inbetriebnahme 2002)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³
Ostsee (NEGP, voraussichtliche Inbetriebnahme 2010)	Russland – Ostsee – Deutschland	–	28 Mrd. m ³
Gesamt		239 Mrd. m ³	267 Mrd. m ³

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – Eigene Zusammenstellung.

Chronik
Vom 25. Oktober bis zum 2. November 2006

25.10.2006	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, die die Mitgliedsstaaten auffordert, über die Beziehungen zu Russland nachzudenken und sie nicht von wirtschaftlichen Gesichtspunkten abhängig zu machen.
25.10.2006	Im Gebiet Pskow wird nach einer Massenvergiftung durch gepanschten Alkohol der Notstand ausgerufen. Seit Anfang Oktober sind 15 Personen gestorben und 140 mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.
25.10.2006	Das Regionalparlament von Adygej nominiert den Rektor der Technischen Universität Maikop, Aslantscheryj Tchakuschinov, zum Kandidaten für den Posten des regionalen Präsidenten. Dies ist der erste Fall, in dem das Gesetz vom Dezember 2005 angewendet wird, nach dem die Partei mit den meisten Stimmen den Kandidaten für das Oberhaupt der regionalen Exekutive benennen kann.
26.10.2006	Putin empfängt NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zu einem Gespräch über Sicherheitsfragen. De Hoop Scheffer trifft auch mit Verteidigungsminister Sergej Iwanow zusammen. Auf der Gesprächsagenda steht u.a. der Konflikt zwischen Russland und Georgien.
27.10.2006	Die Regierung veröffentlicht Informationen über Einkommen und Immobilienbesitz ihrer Mitglieder. Reichster Minister ist danach Jurij Trutnew, der Minister für Bodenschätze, der ein Jahreseinkommen von 7,9 Mio. US\$ deklariert.
28.10.2006	„Heimat“, die „Partei des Lebens“ und die „Partei der Pensionäre“ teilen offiziell mit, dass sie sich zu einer neuen Partei zusammengeschlossen haben.
28.10.2006	In Chasawjurt (Dagestan) protestieren 1.000 Personen gegen die fortgesetzten Entführungen. Seit 2004 sind etwa 70 Einwohner der Stadt verschwunden. Die Demonstranten gehen davon aus, dass der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow hinter den Entführungen steckt.
29.10.2006	Eine Studie des U.S. Congresses stellt fest, dass Russland beim Waffenexport an Entwicklungsländer 2005 mit einem Exportvolumen von 7 Mrd. US\$ vor den U.S.A. liegt
29.10.2006	In St. Petersburg protestieren etwa 300 Personen gegen fremdenfeindliche Verbrechen.
30.10.2006	Generalstabschef Jurij Balujewskij und sein U.S.-amerikanischer Amtskollege General Peter Pace unterzeichnen ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Einzelheiten sind nicht bekannt.
31.10.2006	Das russische Unternehmen „Atomstrojeksport“ erhält den Zuschlag für den Bau des zweiten bulgarischen Atomreaktors, der in Belene an der Donau geplant ist.
31.10.2006	Der Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow verbietet den „Russischen Marsch“, eine für den 4. November geplante Demonstration rechtsradikaler Organisationen.
31.10.2006	Das Unternehmen „Prof-Media“ erwirbt „Rambler-Media“, das die russische Internetsuchmaschine „Rambler“ betreibt. „Prof-Media“ gehört zur Holding „Interros“, an dessen Spitze Wladimir Potanin steht.
1.11.2006	Der georgische Außenminister Gela Beschuaschwili führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow, das erste Treffen auf Außenministerebene seit der Zuspitzung des russisch-georgischen Konflikts.
1.11.2006	Der designierte UNO-Generalsekretär und südkoreanische Außenminister Ban Ki Moon trifft zu seinem Antrittsbesuch in Moskau ein. Zu den Gesprächsthemen gehören der Atomkonflikt mit Nordkorea und die UN-Reform.
1.11.2006	Mitarbeiter der Umweltaufsichtsbehörde Rosprirodnadzor betreten bei einem Kontrollgang in Begleitung von Journalisten das Gelände der Residenz des Gouverneurs von Krasnojarsk, Alexander Chloponin, und werden von der Wache des Gouverneurs festgenommen. Die Residenz befindet sich in der geschützten Uferzone des Jenissej, in der die Errichtung von Bauten verboten ist.
2.11.2006	Sergej Katanandow, der Gouverneur von Karelien, tauscht nach einem Gespräch mit Präsident Putin (31.10.) 13 der Rayonsverwaltungschefs der Republik aus.
2.11.2006	Anatolij Lisizyn, der Gouverneur von Jaroslawl, wird auf Vorschlag Putins vom Regionalparlament zum vierten Mal zum Gouverneur gewählt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de